

JA zu gleichen Rechten

JA zur «Ehe für alle»

- Gleichberechtigt
- Selbstbestimmt
- Überfällig



Argumente für ein Ja zur «Ehe für alle»

Komitee «JA für alle»
www.jafueralle.ch

Inhalt

| | |
|------------------------------|----|
| In Kürze | 3 |
| Argumente im Überblick | 4 |
| Vorlage im Überblick..... | 5 |
| Argumente | 9 |
| Fazit | 15 |

In Kürze

JA zu gleichen Rechten - JA zur «Ehe für alle»

Homosexuelle Menschen haben in der Schweiz bis heute nicht dieselben Rechte wie heterosexuelle Menschen. Gleichgeschlechtlichen Paaren wird der Zugang zur Ehe verwehrt. Zwei Männer oder zwei Frauen dürfen hierzulande nicht heiraten. Damit steht die Schweiz alleine da auf weiter Flur. Die Liste der Länder, welche unterschiedliche Gesetze für heterosexuelle und für homosexuelle Menschen kennen, wird immer kürzer. Die Schweiz befindet sich in unrühmlicher Gesellschaft von Staaten wie Weissrussland, Türkei, China und Pakistan. In Australien, den USA, Kanada und weiten Teilen Südamerikas dürfen homosexuelle Paare heiraten. Und auch in Westeuropa haben bis auf Italien – und den Vatikan – sämtliche Staaten die Ehe für alle Paare geöffnet. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz endlich nachzieht. Denn diese Diskriminierung ist mit einem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat unvereinbar. Rechtsgleichheit ist zentral für unsere Demokratie. Und Rechtsungleichheit wird immer weniger vereinbar mit einem attraktiven Standort Schweiz.

Die «Ehe für alle» macht endlich Schluss mit der bestehenden Diskriminierung. Sie gewährt allen Paaren Zugang zur Zivilehe – dem Rechtsinstitut, mit dem Paare ihre Beziehung rechtlich absichern können. **Paare gleichen Geschlechts können endlich zivil heiraten und erhalten damit die gleichen Rechte und Pflichten wie Paare verschiedenen Geschlechts.**

Mit der Öffnung der Ehe wird niemandem etwas weggenommen. Für die Ehe zwischen Mann und Frau ändert sich überhaupt nichts. Und auch die religiöse Ehe ist von der «Ehe für alle» nicht betroffen. Kirchen können nach der Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare weiterhin selbst bestimmen, wer bei ihnen vor den Altar tritt.

Die schweizerische Bundesverfassung sagt: Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Und sie sagt auch: Alle Schweizerinnen und Schweizer haben das Recht auf Ehe und Familie. Die Öffnung der Ehe für schwule und lesbische Paare ist also keine Konzession an eine Mainstream-Meinung, wie es die Gegner:innen der «Ehe für alle» gerne ins Feld führen. Sie verwirklicht **ein Grundrecht. Die sofortige und vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist überfällig.**

JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!

Argumente im Überblick

JA zu gleichen Rechten - JA zur «Ehe für alle» -

Gleichberechtigt

Gleichberechtigung, Nicht-Diskriminierung und das Recht auf Ehe und Familie sind in der schweizerischen Bundesverfassung verankerte Grundrechte. Trotzdem haben gleichgeschlechtliche Paare nicht die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare. Bis heute wird ihnen der Zugang zur Ehe und den damit verbundenen Rechten verwehrt. Diese Diskriminierung ist mit einem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat unvereinbar. Denn es gibt keinen Grund, gleichgeschlechtlichen Paaren die Grundrechte zu verweigern. **Die «Ehe für alle» macht endlich Schluss mit der bestehenden Ungleichbehandlung. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung. JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!**

Selbstbestimmt

Liebe ist nicht abhängig von Geschlecht oder Sexualität – und das darf auch die Ehe nicht sein. Paare, die ihr Leben längerfristig gemeinsam verbringen wollen, sollten rechtliche Aspekte auch gemeinsam regeln können. Die Ehe ermöglicht das. Die soziale Absicherung stellt neben der Liebe den Hauptgrund für die Eheschliessung dar. Dieser Bund, den zwei Menschen vor dem Staat eingehen, darf nicht diskriminieren. Es ist nicht am Staat, Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Privat- und Familienleben zu gestalten haben. Der Zugang zur Ehe muss allen Paaren offenstehen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. **Jedes Paar soll selbstbestimmt entscheiden können, ob und wie es seine Partnerschaft rechtlich regeln will. JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!**

Überfällig

Die Schweiz gehört in Sachen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare zu den Schlusslichtern. Europaweit ist die «Ehe für alle» längst Standard. Wenn die Schweiz nicht endlich nachzieht, dann wird die Rechtsungleichheit zu einem Standortnachteil und belastet unser Image. Das enge Verständnis von Ehe und Familie wird immer stärker als diskriminierend empfunden. Unterschiedliche Familienmodelle sind schon lange Teil unserer Gesellschaft. **Es ist höchste Zeit, der gesellschaftlichen Realität endlich Rechnung zu tragen. JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!**

Vorlage im Überblick

Der lange Weg zur «Ehe für alle»

Es hat sehr lange gedauert, bis die Gesellschaft begonnen hat, sich bezüglich sexueller Orientierungen zu öffnen. Bis zu diesem Weg wurden Menschen einzig aufgrund ihrer Liebe und ihrer Gefühle benachteiligt und sogar verfolgt. Bis heute haben gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz nicht die gleichen Rechte wie verschiedengeschlechtliche Paare. Das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Ehe und Familie wird ihnen verwehrt. Gleichgeschlechtliche Paare dürfen hierzulande nicht heiraten. Am 5. Juni 2005 sagte das Schweizer Stimmvolk mit 58 Prozent zwar deutlich Ja zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Das Gesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft und gab lesbischen und schwulen Paaren endlich die Möglichkeit, ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. **Doch die eingetragene Partnerschaft ist der Ehe keineswegs gleichgestellt. Die verbleibenden Unterschiede machen sie vielmehr zu einem schlechten Verschnitt der Ehe zwischen Mann und Frau, zu einer Ehe zweiter Klasse.**

Aktuelle Situation: Eingetragene Partnerschaft als Ehe zweiter Klasse

Heute können zwei Frauen oder zwei Männer in der Schweiz nicht heiraten. Ihnen bleibt das Recht auf Ehe verwehrt. Sie haben lediglich die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. Rund 700 gleichgeschlechtliche Paare lassen ihre Beziehung in der Schweiz jährlich mit einer eingetragenen Partnerschaft anerkennen. Doch diese ist der Ehe zwischen Mann und Frau keineswegs gleichgestellt.

Vielmehr ist die eingetragene Partnerschaft eine Ehe zweiter Klasse. Sie ist der Ehe weder symbolisch noch rechtlich gleichgestellt. Eingetragene Partner:innen haben weniger Rechte als Eheleute. Personen in einer eingetragenen Partnerschaft haben verschiedene Nachteile: Bei der Einbürgerung, im Güterstand, im Erbrecht und im Elternrecht. Zudem dürfen sie keine Kinder adoptieren. Auf Steuer- und anderen amtlichen Formularen muss man angeben, ob man verheiratet ist oder in eingetragener Partnerschaft lebt. Wenn der Partner oder die Partnerin stirbt, ist die verbleibende Person nicht verwitwet, sondern lebt in einer «durch Tod aufgelösten Partnerschaft». Dass der Zivilstand gleichzeitig Auskunft über die sexuelle Orientierung gibt, ist nicht nur ein Eingriff in die Intimsphäre, sondern kann auch problematische Folgen haben, insbesondere in Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe gestellt ist.

Am 5. Dezember 2013 reichte die Grünliberale Fraktion um Nationalrätin Kathrin Bertschy die parlamentarische Initiative «Ehe für alle» ein. Sieben Jahre nach Einreichen der Forderung fand endlich die entscheidende Parlamentsdebatte statt. In der Wintersession 2020 beschloss National- und Ständerat, gleichgeschlechtlichen Paaren den Zugang zur Ehe zu ermöglichen. Die beiden Räte einigten sich auf eine Revision des Zivilgesetzbuches und machten den Weg für die «Ehe für alle» frei.

Doch die Gegner:innen der «Ehe für alle» liessen nicht lange auf sich warten. Ultrakonservative christliche Kreise um die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) haben das Referendum ergriffen. Aus ihrer Sicht ist die Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau. Auch Politiker:innen der SVP und CVP sammelten Unterschriften gegen die Gesetzesrevision. Sie kritisieren jedoch vor allem den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Das Komitee «Nein zur Ehe für alle» reichte im April 2021 die nötigen Unterschriften für ein Referendum ein. Nun hat die Schweizer Stimmbevölkerung das letzte Wort. Am 26. September 2021 wird an der Urne über die «Ehe für alle» abgestimmt.

Inhalt der Vorlage

Die Vorlage sieht eine Revision des Zivilgesetzbuches (ZGB) vor. Die Gesetzesänderung gewährt allen Paaren Zugang zur Zivilehe und damit zum gleichen Rechtsinstitut, wenn sie ihre Beziehung rechtlich absichern wollen. Es geht einzig und allein um die Zivilehe, die vom Zivilstandesbeamten eingegangen wird. Die religiöse Ehe ist in keiner Art und Weise betroffen. Bestimmungen der Rechtsordnung, die für bestimmte Rechte und Pflichten an den Bestand einer Ehe anknüpfen, finden künftig sowohl auf verschieden- als auch auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung. Die wichtigsten rechtlichen Folgen der Öffnung der Ehe betreffen die erleichterte Einbürgerung, die Adoption, die Fortpflanzungsmedizin und die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in die Ehe. Das ändert sich konkret:

- Ausländische Ehepartnerinnen und Ehepartner können sich erleichtert einbürgern lassen. Dieses Recht gilt mit der Öffnung der Ehe auch für die ausländische Ehefrau einer Schweizerin und den ausländischen Ehemann eines Schweizers.
- Wer in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, darf bereits heute das Kind des Partners oder der Partnerin adoptieren. Mit der «Ehe für alle» ist ein gleichgeschlechtliches Ehepaar neu auch gemeinsam im Adoptionsverfahren zugelassen – als Einzelperson war das schon bisher möglich.

- Mit der Öffnung der Ehe wird die gesetzlich geregelte Samenspende in der Schweiz auch verheirateten Frauenpaaren erlaubt. Dabei ist vorgeschrieben, dass der Spender in das Samenspenderregister eingetragen wird. Anonyme Samenspenden bleiben weiterhin verboten. Dasselbe gilt für die Eizellenspende und die Leihmutterschaft.
- Nach der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare können keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr geschlossen werden. Paare, die bereits in einer eingetragenen Partnerschaft leben, können diese weiterführen oder durch eine gemeinsame Erklärung beim Zivilstandsamt in eine Ehe umwandeln.

Verfassung erlaubt «Ehe für alle»

Während die parlamentarische Initiative noch eine partielle Verfassungsänderung anvisierte – namentlich den Begriff der «Ehe» in Artikel 14 der Bundesverfassung durch «Lebensgemeinschaft» zu ersetzen – sieht der endgültige Entwurf eine Revision des Zivilgesetzbuches vor. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament sind zum Schluss gekommen, dass die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert.

Der Wortlaut von Artikel 14 der Bundesverfassung (BV) ist klar: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet». Dass eine Ehe nur zwischen Mann und Frau abgeschlossen werden darf, erwähnt die BV mit keinem Wort. Da die BV keine Definition der Ehe zwischen Mann und Frau vorsieht, ist es möglich, die Ehe auf gesetzlicher Ebene für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Ziele

Das Ziel der «Ehe für alle» ist es, gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Paare einzuführen und die bestehende Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren endlich zu beseitigen. Die Vorlage gewährt Paaren unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung den Zugang zur Ehe. Alle Ehepaare erhalten die gleichen Rechte.

Heute haben gleichgeschlechtliche Paare einzig die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. Diese ist der Ehe weder symbolisch noch rechtlich gleichgestellt. Mit der «Ehe für alle» sollen die bestehenden Ungleichheiten endlich aus dem Weg geräumt werden. Die «Ehe für alle» ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung.

Parlament und Bundesrat

Das Parlament will die Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare beseitigen und die Ehe für alle Paare öffnen. Die eidgenössischen Räte sagten in der Wintersession 2020 Ja zur «Ehe für alle». Der Ständerat stimmte der Vorlage in der Schlussabstimmung mit 24 zu elf Stimmen und sieben Enthaltungen zu. Der Nationalrat befürwortete die «Ehe für alle» mit 136 zu 48 Stimmen deutlich.

Auch für den Bundesrat besteht kein Grund, gleichgeschlechtliche Paare weiterhin von der Ehe auszuschliessen. Er unterstützt die Ehe für alle. In der Medienmitteilung vom Juni 2021 hält er fest: «Paare gleichen Geschlechts sollen dieselben Rechte haben wie Paare verschiedenen Geschlechts. Aus sie sollen heiraten können.»

Mit SP, Grünen, GLP, FDP und die Mitte haben sich zudem fast alle Parteien offiziell zur Ehe für alle bekannt. Auch eine klare Mehrheit der Kantone sprach sich in der Vernehmlassung für die Gesetzesänderung zugunsten homosexueller Paare aus.

Argumente

JA zur Ehe für alle - JA zu gleichen Rechten

Gleichberechtigt

Die Schweiz gilt als Hochburg für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung sind in unserer Bundesverfassung verankerte Grundrechte. Die Gleichbehandlung aller Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität, sollte im Jahre 2021 kein Diskussionsthema mehr sein. Leider ist es aber so, dass gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz wichtige Rechte vorenthalten werden. **Im Gegensatz zu verschiedengeschlechtlichen Paaren dürfen gleichgeschlechtliche Paare hierzulande nicht heiraten. Sie sind nicht gleichberechtigt.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahre 2007 ermöglichte gleichgeschlechtlichen Paaren zwar, ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. **Die eingetragene Partnerschaft ist jedoch bloss ein schlechter Verschnitt der Ehe, eine Ehe zweiter Klasse.** Sie wurde der Ehe in den letzten Jahren zwar angenähert. So können eingetragenen Partner:innen beispielsweise seit 2013 einen gemeinsamen Familiennamen wählen. Doch es bestehen nach wie vor grosse rechtliche Unterschiede, namentlich bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie auch bei der Einbürgerung.

Artikel 14 BV legt fest: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet». Einem Teil der Gesellschaft in der Schweiz wird dieses Grundrecht jedoch verwehrt. Gemäss Artikel 36 BV ist eine Einschränkung eines Grundrechts zwar möglich. Es braucht dazu aber erstens eine gesetzliche Grundlage, zweitens muss die Einschränkung aufgrund öffentlicher Interessen oder zum Schutz von Grundrechten Dritter notwendig sein, drittens soll die Einschränkung verhältnismässig sein und viertens darf durch die Einschränkung das Grundrecht nicht in seinem Kerngehalt verletzt werden. Was die Verweigerung des Rechts auf Ehe für nicht-heterosexuelle Paare betrifft, so liegt weder eine gesetzliche Grundlage vor noch besteht ein öffentliches Interesse, das betroffen wäre. Auch die Grundrechte von Drittpersonen werden nicht tangiert. Das bedeutet: **Die Verweigerung der Ehe gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren stellt einen Verstoss gegen das verfassungsmässige Grundrecht auf Ehe dar.**

Die Verfassung sagt auch: «Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich» (Art. 8 BV). Es gilt der Grundsatz: Gleiches nach Massgabe seiner Gleichheit gleich und Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln. Es ist absolut kein Grund erkennbar, gleichgeschlechtliche Paare gegenüber heterosexuellen Paaren schlechter zu stellen. **Die Ehe ist ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht. Wenn die Ehe länger nur heterosexuellen Paaren vorbehalten bleibt, verstösst das gegen das Diskriminierungsverbot.**

Die «Ehe für alle» räumt die bestehende Diskriminierung endlich aus dem Weg. Sie macht Schluss mit der Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare und sorgt für Gleichberechtigung. Die Ehe soll in Zukunft verschieden- und gleichgeschlechtlichen Paaren offenstehen. Eine verheiratete, homosexuelle Frau bekommt damit die gleichen Rechte wie eine verheiratete heterosexuelle Frau. Und ein verheirateter, homosexueller Mann erhält die gleichen Rechte wie ein verheirateter heterosexueller Mann. **Das ist ein wichtiger und unverzichtbarer Schritt für die Gleichstellung.**

Rechtsungleichheit belastet Wirtschaftsstandort Schweiz

Gleiche Rechte für alle sind unabdingbar für einen funktionierenden Rechtsstaat und einen attraktiven Standort. **Die Schweiz ist das zweitletzte Land Westeuropas, das gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat verbietet.** Damit steht sie alleine da auf weiter Flur. Bei einem Nein zur «Ehe für alle» droht ein Image-Verlust. Wichtige Standortvorteile sind in Gefahr. **Rechtsgleichheit ist zentral, damit die Schweiz auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.**

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist nicht zuletzt ein Signal an die Welt: Die Schweiz ist offen. Die Schweiz ist modern. Die Schweiz lässt nicht zu, dass Menschen diskriminiert werden. **Eine sofortige und vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist längst überfällig.**

Gleichberechtigung, Nicht-Diskriminierung und das Recht auf Ehe und Familie sind in der schweizerischen Bundesverfassung verankerte Grundrechte. Trotzdem haben gleichgeschlechtliche Paare nicht die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare. Bis heute wird ihnen der Zugang zur Ehe und den damit verbundenen Rechten verwehrt. Diese Diskriminierung ist mit einem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat unvereinbar. Denn es gibt keinen Grund, gleichgeschlechtlichen Paaren die Grundrechte zu verweigern. **Die «Ehe für alle» macht endlich Schluss mit der bestehenden Ungleichbehandlung. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung.**

JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!

Selbstbestimmt

Jeder Mensch soll das Recht haben, die Person zu heiraten, die er liebt. Doch die zivilrechtliche Ehe gleicht einem exklusiven Club. Er verwehrt einem Teil der Bevölkerung den Eintritt und privilegiert seine Mitglieder gegenüber Nichtmitgliedern. Das ist stossend, denn bei der Zivilehe handelt es sich um eine staatliche Institution. **Der Staat macht den Zugang zur Ehe und den damit einhergehenden Privilegien abhängig von der sexuellen Orientierung einer Person. Bis heute bleiben homosexuelle Paare ausgeschlossen.**

Es ist nicht am Staat, Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Privat- und Familienleben zu gestalten haben. Es steht ihm nicht zu, sich in diesen Bereich des Lebens derart einzumischen. Jedes Paar soll selbst entscheiden können, ob und wie es seine Partnerschaft rechtlich regeln will. Das sieht auch der Bundesrat so. An der Medienkonferenz vom 22. Juli 2021 sagte Bundesrätin Karin Keller-Sutter: **«Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Privat- und Familienleben zu gestalten haben.»**

Für die Ehe zwischen Mann und Frau ändert sich durch die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare überhaupt nichts. Niemandem wird durch die «Ehe für alle» etwas weggenommen. Im Gegenteil: Eine zeitgemässe Erneuerung verschafft der Ehe Popularität. Das Rechtsinstitut behält seinen wichtigen Stellenwert und wird sogar aufgewertet, wenn es potenziell mehr Menschen offensteht. **Gleichzeitig steht die Ehe für Verantwortung. Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich Paare auch rechtlich binden wollen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Stabilität der Gesellschaft und zeigen, dass die Ehe keine Strafe ist, wie in der Steuerr Diskussion oft behauptet wird. Die Ehe ist vor allem ein wertvoller rechtlicher Rahmen.**

Auch das Recht auf Ausübung des eigenen Glaubens wird durch die Gesetzesanpassung nicht eingeschränkt. Kirchen können nach der Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare weiterhin selbst bestimmen, wer bei ihnen vor den Altar tritt. **Die religiöse Ehe ist von der Vorlage nicht betroffen.**

Realität anerkennen, Kinder schützen

Unterschiedliche Familienmodelle sind schon lange Teil unserer Gesellschaft. Dass Kinder bei einem gleichgeschlechtlichen Paar aufwachsen, ist bereits heute Realität. Fachpersonen gehen in der Schweiz von bis zu 30'000 Kindern aus. **Die «Ehe für alle» sorgt für besseren Schutz für diese Kinder und ihre Familien.**

Heute lässt das Gesetz die Samenspende in der Schweiz nur für verheiratete Paare zu. Manche Frauenpaare entscheiden sich darum für eine Samenspende im Ausland. Dort ist jedoch nicht immer gewährleistet, dass das Kind erfahren kann, wer sein biologischer Vater ist. **Mit der Öffnung der Ehe und dem Zugang zur Samenspende in der Schweiz wird das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung garantiert. Zudem haben die betroffenen Kinder von Geburt an zwei Elternteile. Beim Tod eines Elternteils sind sie rechtlich abgesichert. Das ist ein grosser Fortschritt.**

Studien zeigen: **Für die Entwicklung der Kinder ist nicht die Familienkonstellation entscheidend, sondern die Fürsorge und die Zuwendung, die sie in der Familie erhalten. Gleichgeschlechtliche Paare sind genauso gute Eltern wie heterosexuelle Paare.**

Liebe ist nicht abhängig von Geschlecht oder Sexualität – und das darf auch die Ehe nicht sein. Paare, die ihr Leben längerfristig gemeinsam verbringen wollen, sollten rechtliche Aspekte auch gemeinsam regeln können. Die Ehe ermöglicht das. Die soziale Absicherung stellt neben der Liebe den Hauptgrund für die Eheschliessung dar. Dieser Bund, den zwei Menschen vor dem Staat eingehen, darf nicht diskriminieren. Es ist nicht am Staat, Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Privat- und Familienleben zu gestalten haben. Der Zugang zur Ehe muss allen Paaren offenstehen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. **Jedes Paar soll selbstbestimmt entscheiden können, ob und wie es seine Partnerschaft rechtlich regeln will.**

JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!

Überfällig

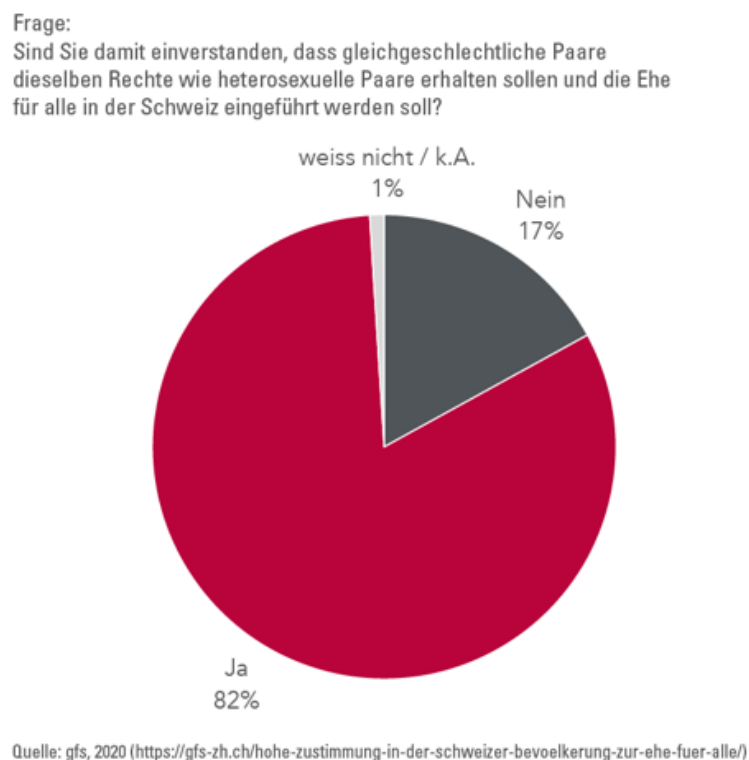
2013 regte die Grünliberale Partei mittels parlamentarischer Initiative die «Ehe für alle» an. Schon damals lag die Schweiz im internationalen Vergleich im Hintertreffen. Bereits 2001 erlaubte die Niederlande als erstes Land der Welt die gleichgeschlechtliche Ehe. Inzwischen sind viele Staaten rund um den Globus nachgezogen. In Australien, den USA, Kanada und weiten Teilen Südamerikas dürfen homosexuelle Paare heiraten. Und auch in Westeuropa haben bis auf Italien – und den Vatikan – sämtliche Staaten die Ehe für alle Paare geöffnet. Auch in vielen anderen Ländern dürfen gleichgeschlechtliche Paare inzwischen heiraten. Darunter Belgien, Spanien, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Dänemark, Frankreich, England, Wales, Schottland, Luxemburg, Finnland, Deutschland, Malta und das streng katholische Irland. **In Westeuropa kennt neben der Schweiz einzig noch Italien unterschiedliche Gesetze für heterosexuelle und homosexuelle Menschen.**

Im internationalen Vergleich schneidet die Schweiz in Sachen Gleichstellung von Homosexuellen schlecht ab. Die Liste der Staaten, welche unterschiedliche Gesetze für heterosexuelle und für homosexuelle Menschen kennen, wird immer kürzer. Die Schweiz befindet sich in unrühmlicher Gesellschaft von Ländern wie Weissrussland, Türkei China und Pakistan. Auf der Rangliste von ILGA-Europe (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans und Intersex Association) landet die Schweiz auf dem bescheidenen 22. Platz¹. Kein Wunder, heimst sie von ihren Nachbarstaaten immer wieder Kritik ein.

Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz endlich nachzieht und die Ehe für alle Paare öffnet. Ansonsten drohen gewichtige Nachteile. Bei einem Nein büsst der Schweizer Standort massiv an Attraktivität ein. Internationale Unternehmen, die bereits einen Sitz in der Schweiz haben oder sich überlegen, ihren Standort hierher zu verlegen, legen viel Wert auf Rechtsstaatlichkeit. **Gleiche Rechte sind zentral für eine starke Wirtschaft und eine liberale Gesellschaft.**

¹ <https://rainbow-europe.org/#0/0/0>

Die Schweizer Bevölkerung ist bereit für gleiche Rechte. Das zeigt eine gfs-Umfrage vom Oktober 2020² deutlich. Die Zustimmung zur «Ehe für alle» ist hoch. 82 Prozent wollen, dass gleichgeschlechtliche Paare dieselben Rechte wie heterosexuelle Paare erhalten und die «Ehe für alle» in der Schweiz eingeführt wird. Zwei Drittel der Befragten befürworten die Samenspende für lesbische Paare. Und 67% sind dafür, dass homosexuelle Paare auch fremde Kinder adoptieren dürfen. **Ginge es nach der Schweizer Bevölkerung, dürften gleichgeschlechtliche Paare heiraten, Kinder adoptieren und eine Samenspende empfangen.**



Die Schweiz gehört in Sachen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare zu den Schlusslichtern. Europaweit ist die «Ehe für alle» längst Standard. Wenn die Schweiz nicht endlich nachzieht, dann wird die Rechtsungleichheit zu einem Standortnachteil und belastet unser Image. Das enge Verständnis von Ehe und Familie wird immer stärker als diskriminierend empfunden. Unterschiedliche Familienmodelle sind schon lange Teil unserer Gesellschaft. **Es ist höchste Zeit, der gesellschaftlichen Realität endlich Rechnung zu tragen.**

JA zu gleichen Rechten – JA zur «Ehe für alle»!

² <https://gfs-zh.ch/hohe-zustimmung-in-der-schweizer-bevoelkerung-zur-ehe-fuer-alle/>

Fazit

JA zur «Ehe für alle»

JA zu gleichen Rechten

- Gleichberechtigt
- Selbstbestimmt
- Überfällig



Am 26. September

JA für alle

www.jafueralle.ch